

Dr. h.c. Charlotte Knobloch

Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern
Ehemals Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland
Beauftragte für Holocaust-Gedenken des World Jewish Congress



Israelitische
Kultusgemeinde
München
und Oberbayern

*Pressekonferenz zur interfraktionellen Resolution gegen Antisemitismus des Bayerischen Landtages
München, 19. Mai 2021*

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Aigner,
ich danke Ihnen sehr für Ihre Worte, mit denen Sie mir direkt aus dem Herzen gesprochen haben. Ich weiß, dass Ihnen der Kampf gegen Judenhass ein Herzensanliegen ist, und ich bin froh und dankbar, dass wir Sie als Präsidentin des Bayerischen Landtages an unserer Seite wissen können. Wir, als jüdische Gemeinschaft – aber auch wir als Bürger dieses Landes.

Sehr geehrter Herr Vizepräsident Freller,
sehr geehrter Herr Streibl,
sehr geehrter Herr Kreuzer,
sehr geehrte Frau Schulze,
sehr geehrter Herr Arnold,
sehr geehrter Herr Hagen,

sehr geehrter Herr Dr. Spaenle,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

jüdische Menschen in diesem Land erfahren seit geraumer Zeit am eigenen Leib, dass der Judenhass wieder anwächst.

Auch vor den Ausschreitungen und Exzessen der letzten Tage wussten die Mitglieder der jüdischen Gemeinden genau, wie leicht sie zum Ziel werden können, wenn sie sich unklug verhalten oder einfach zur falschen Zeit am falschen Ort sind. Sie wissen, wie es ist, mit der eigenen Angst allein zu sein.

Das ist jetzt unsere Realität. Das ist der Alltag für jüdische Menschen – auch in Bayern.

So kann auf Dauer aber niemand leben. Gerade die jungen Menschen fragen sich, ob hier wirklich auf Dauer ihre Heimat sein soll – sein kann. Sie sind hier aufgewachsen; aber wenn es nicht gelingt, dass sie auch ihre Kinder hier großziehen, dann bedeutet das für die jüdischen Gemeinden eine existenzielle Gefahr.

Diese Entwicklung ist bereits in vollem Gange. Wer den Fehler begeht, als jüdischer Mensch sichtbar in den Sozialen Medien aktiv zu sein, während in Nahost irgendetwas geschieht, der verliert sehr schnell das Grundvertrauen in seine Mitmenschen und in die Gesellschaft.

Dieses Vertrauen muss zurückkommen. Es braucht sehr klare und deutliche Zeichen auch aus der Politik, dass dieser Status quo nicht der Dauerzustand werden soll. Es braucht einen demokratischen Aufschrei!

Genau das ist die Resolution, die heute vorgestellt wird. Sie zeigt einen Weg auf, der unbedingt weiter beschritten werden muss: Die große Mehrheit der Gesellschaft, repräsentiert durch die demokratischen Parteien, muss zeigen, dass sie die Bedrohung Judenhass verstanden hat, die sich nicht nur gegen Juden richtet: Ihr Feind ist die offene Gesellschaft an sich.

Diejenigen, die ein anderes Land wollen, haben sich in den letzten Jahren vernetzt und gegenseitig gestärkt. Wir Demokraten müssen in gleichem Maße dagegenhalten.

Wir brauchen eine innere Stärke, um uns dagegen zu verteidigen, wenn andere unsere Gesellschaft vergiften wollen.

Von innen, wie das eine rechtsextreme Partei tut. Oder von außen, wie wir es erst Anfang der Woche erlebt haben.

Wenn der türkische Präsident in einer Hetzrede sagt, die Israelis seien erst zufrieden, wenn sie das Blut kleiner Kinder aussaugen könnten, dann spüren wir die Auswirkungen dieses Hasses auch bei uns sofort. Erdogans Unterstützer, fast alle auch deutsche Staatsbürger, nehmen seine Aussagen begeistert auf und verstehen sie genauso, wie sie gemeint sind: Als Aufforderung, Israel und Juden anzugreifen.

Wer das tut, der zeigt, dass er die Werte dieses Landes nicht akzeptieren will. Das aber darf es in einer demokratischen Gesellschaft nicht geben. Hier muss die Politik durchgreifen. Nicht-handeln ist keine Option.

Die demokratischen Parteien müssen, bei allem normalen politischen Streit, in unseren Grundwerten vereint stehen.

Sie müssen der Polizei, die uns hier in Bayern hervorragend schützt, auch weiter alle nötigen Mittel und Unterstützung an die Hand geben, damit sie für Sicherheit sorgen kann.

Und sie müssen das Schwert des Rechts scharf genug halten, damit nicht am Ende die Justiz zum Flaschenhals der Strafverfolgung wird. Damit Hass auch wirklich hart bestraft wird.

Maßnahmen wie die Einrichtung der Antisemitismusbeauftragten haben sich auf allen Ebenen sehr gut bewährt. Ich kann an dieser Stelle nur Sie, sehr geehrter Herr Dr. Spaenle, und in der Justiz den für München zuständigen Oberstaatsanwalt Andreas Franck ausdrücklich lobend erwähnen. Trotzdem: Es muss noch mehr geschehen. Den Worten dieser hervorragenden Resolution müssen klare Taten folgen.

Ich danke den Fraktionsvorsitzenden für Ihre großen Bemühungen und wünsche mir sehr, dass es solche Resolutionen in Zukunft nicht mehr braucht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.